

Bezugspreis:

Verteilt 10.-, monatlich 10.-, ...

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 6. September 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Gegen Le Konds Untätigkeit!

Vorschlag einer neutralen Untersuchungskommission.

Berlin, 5. September. (M.D.) Amtlich. Die Reichsregierung hat dem Präsidenten der Friedenskonferenz am 21. August eine Note über Oberschlesien zugehen lassen...

In einer weiteren Note, die am 25. August überreicht wurde, sind die alliierten Regierungen erneut auf die bedrohliche Entwicklung der Dinge in Oberschlesien aufmerksam gemacht...

Kunze ist eine Anzahl einwandfrei festgestellter, besonders empörender Gewalttaten gegen Deutsche in Oberschlesien zur Kenntnis des Präsidenten der Friedenskonferenz gebracht...

Die Nachschüsse über Gewalttaten gegen Deutsche in Oberschlesien mehrten sich. Der deutschen Bevölkerung im Abstimmungsgebiet wie im übrigen Reich hat sich infolgedessen steigende Erregung bemächtigt...

Die deutsche Regierung ist es dem deutschen Volke schuldig, Klarheit über den tatsächlichen Sachverhalt herbeizuführen und das Ihrige zu tun, damit Abhilfe eintritt.

Der erstrebte Zweck wird nur zu erreichen sein, wenn eine an den Vorkäufen in Oberschlesien unbeteiligte Stelle die Aufgabe übernimmt.

Die deutsche Regierung beehrt sich daher vorzuschlagen, eine von Deutschland, Polen und den alliierten Hauptmächten zu wählende Kommission aus Angehörigen solcher Staaten, die nicht zu den Signatarmächten des Vertrages von Versailles gehören...

Die Regierungen in Paris, London, Rom und Warschau sowie der Päpstliche Stuhl werden von dem Inhalt der Note in Kenntnis gesetzt.

Drei Weißbücher über Oberschlesien.

Berlin, 5. September. Amtlich. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages hat die Reichsregierung ersucht, ihm eine Zusammenstellung der einwandfrei feststellbaren Tatsachen über Oberschlesien zu übermitteln.

Das erste wird eine authentische Schilderung aller von den Aufständischen verübten Gewalttaten und Morde enthalten.

Das zweite wird Beweise dafür erbringen, daß ein Teil der in Oberschlesien vermandten interalliierten Truppen es nicht nur unterlassen hat, gegen die Aufständischen einzuschreiten, sondern daß sogar an einigen Stellen von der Truppe offen für die polnischen Banden Partei genommen worden ist.

Das dritte Weißbuch wird sich mit den Vorbereitungen beschäftigen, die polnischerseits für die Organisation des Aufstandes getroffen wurden. Das Weißbuch wird sich im wesentlichen auf polnisches Material stützen, das durch die Wachsamkeit unerschrockener deutscher Zollbeamter einem widerrechtlich die Grenze überschreitenden Kurier Korfanth abgenommen worden ist.

Schwere Anklagen gegen Polen und Franzosen.

Schweigen, D.S., 5. September. Sämtliche deutsche politische Parteien haben an den General Le Konds in Oppeln ein von den Abgeordneten Dr. Urbancz, Ullrich,

Frang, Dr. Bloch und v. Brodhuisen unterzeichnetes Telegramm gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Die Völkchen von Deutschen, die nach der deutsch-polnischen Verständigung ermordet worden sind, hat sich um mehrere Tausend verlängert. Neben dem Lande liegt blutiger Schrecken. Das mit freier und frecher Stirn einherstreichende Verbrechen hat allein aus den Kreisen Pleh und Rybnitz bisher 120 Grubenbeamte und 1200 deutschgesinnte Arbeiter verjagt.

Das Land soll die friedliche Arbeit wieder aufnehmen, die geflüchteten Deutschen sollen zurückkehren. Nach 18 Tagen Kustandes wäre es nachhaftig Zeit. Der Gemeindevorsteher Bohl aus Karf, von polnischen Bewaffneten aus seinem Hause geholt, im Bahnhofsgebäude unterm Tisch herabgeworfen und tödlich gefoltert, der Sohn Paduskiel aus Bobref, von Rebellen aus der elterlichen Wohnung herabgeholt und andern Tages mit ausgestochenen Augen auf der Straße gefunden — der Tod hat ihn inzwischen erlöst — sind Märtyrer ihres Vertrauens in unsere Vereinbarungen mit den Polen und in Ihres Willen, Herr Präsident. Beide waren gefoltert. Es drückt uns die eigene Schuld, daß wir durch Vereinbarungen mit den polnischen Führern Ihnen Grund gegeben haben, an Frieden zu glauben und heimzulehren.

Solange dieser Zustand dauert, hat kein französisches Gewehr auch nur einen Schuß auf die Rebellen abgegeben. Die französischen Soldaten haben mit polnischen Gewehrträgern Händedruck gemechselt, französische Offiziere haben neben polnischen Maschinengewehren gekandert, französische Waffen sind in Insurgentenhänden gewesen, die Bandenführer haben sich gebrühet, im Auftrage der Franzosen zu handeln, um auf dem Lande „Ordnung“ zu schaffen, während die Franzosen es in der Stadt taten. Das ist auch die allgemeine Meinung bei Polen und Deutschen.

Den Schutz dieses Landes hat die Hohe Kommission feierlich übernommen und versprochen. Für die öffentliche Ordnung sind Sie, Herr Präsident, und General, uns in der Welt verantwortlich.

Darum fordern wir nochmals nachdrücklich die Sicherung des Lebens und des Eigentums durch die bewaffnete Macht. Wir fordern, daß die Truppen, statt die ruhigen Städte zu füllen, mit Wachen das Land überziehen. Wir fordern, daß die frei umherlaufenden Bandenführer sofort festgesetzt werden. Wir warnen die Hohe Kommission, der Tatendurch der verbrecherischen Instanz glimmt weiter, die Anzeigen verdichten sich, daß in einigen Tagen, spätestens am 18. u. 19., der Aufstand neu losbrechen soll. Wir fordern die militärische Besetzung der Gruben. Eine andere Sicherung ist zurzeit nicht möglich. Die der Initiative der Hohen Kommission zu dankende Abstimmungspolizei hat der französische Kommandant in Rybnitz auf das Drängen der Polen bereits desavouiert und zurückgezogen.

In diese Sorgen hinein platzt die Verordnung der Hohen Kommission vom 25. August 1920, wodurch... praktisch die Amnestierung der von den Rebellen verübten Missetaten erreicht werden soll.

Herr Präsident! Als die erste Kunde von den zehn Leichen im Walde von Josefthal kam, soll ein hoher Offizier der Besatzungsmächte gesagt haben, er fürchte, die Deutschen würden nun nicht mehr zu halten sein. Wir haben sie gehalten, haben sie 18 Tage gehalten. In übermenschlicher Selbstbezwungung haben die Unrigen ausgeharrt; aber mit Zug fordern wir, daß ihre Führer mit den blanken Waffen des Rechts und der moralischen Kraft die Wiederkehr der Ordnung und der Sicherheit erzwingen.

Die Enteignungsbewegung in Italien.

Rom, 5. September. Laut einer Meldung des „Temps“ haben Arbeiter eine Seewerk in Ancona besetzt. Wie „Giornale d'Italia“ aus Genua berichtet, wurde in dem dortigen Hafen auf zwei im Trockendock liegenden Dampfern die rote Fahne gehißt.

Mailand, 5. September. Die Bewegung der Metallarbeiter geht weiter und hat ihren Höhepunkt erreicht. Es wurden weitere Fabrikbetriebe besetzt. In Terni haben 2000 Arbeiter die bedeutenden Stahlwerke dieser Stadt besetzt. Wie „Secolo“ aus Rom meldet, ist die Regierung entschlossen, sich in diesem Konflikt neutral (1) zu verhalten.

Paris, 5. September. Nach einer Meldung des „Temps“ haben die bolschewistischen Schiffe in Genua sich aber im Hafen liegenden Handelsschiffe bemächtigt und drohen, alle Kriegsschiffe, die den Versuch machen sollten, in den Hafen einzufahren, zu beschließen.

Breslau — ein Menetekel.

Von Eugen Ernst

Durch die bedauerlichen Ausschreitungen in Breslau wurden die Blicke der politischen Welt wieder auf die sonst so wenig beachtete Hauptstadt Schlesiens gelenkt. Wie ist es möglich, so fragte sich jedermann, daß eine als besonders ruhig bekannte Bevölkerung derartige Exzesse begehen kann? Wenn äußerlich betrachtet waren sie eine Folgeerscheinung einer von den bürgerlichen Parteien einberufenen Protestversammlung gegen die polnischen Grenzwächter in Oberschlesien. Nicht so ganz unrecht schreiben die französischen Zeitungen von den Früchten nationaler Verbeugung und des unzulässigen alldeutschen Geistes. Aber man muß doch tiefer schärfen, wenn man die politische Situation begreifen will.

In das gesellschaftliche und politische Leben Breslaus greifen die ober-schlesischen Verhältnisse schärfer ein, als ein Außenstehender glauben mag. Die Breslauer Bevölkerung ist mit der ober-schlesischen besamnt und verwandt und steht seit jeher mit ihr in reger Geschäftsverbindung. Seit Monaten wird nun die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens von polnischen Banden in der grausamsten Weise gepeinigt. Erpressungen, Plünderungen und Morde sind an der Tagesordnung. Immer neue Kameraden überschreiten unbehelligt die polnische Grenze, und keine Nacht vergeht ohne blutige Kämpfe, kein Tag ohne Drangsalierungen der Deutschen durch die Polen. Die französische Besatzung sieht das alles nicht, sieht auch nicht, wie die wehrlose deutsche Bevölkerung von den gut bewaffneten Polen systematisch wieder geschlagen wird. Ganz allgemein wird sogar behauptet, daß die Polen durch Waffenlieferungen unterstützt werden.

Der einzige Schutz der deutschen Bevölkerung war bisher die Sicherheitspolizei. Sie führte modernlang einen geradezu heldenhaften Kampf gegen die bewaffneten polnischen Banden. Jetzt mußte sie Oberschlesien verlassen und damit erlosch der letzte Hoffnungstern für die deutsche Bevölkerung. Die Arbeiter Oberschlesiens verdrühten noch einmal eine Lösung; sie wollten durch ein Abkommen Ruhe und Ordnung in der Provinz schaffen. Eine Hauptbedingung war, daß durch die fremdländischen Besatzungstruppen eine restlose Entwaffnung der gesamten Bevölkerung vorgenommen wird. Bald aber zeigte sich, daß überall dort, wo die französische Besatzung tätig war, wohl die Deutschen die Waffen abliefern mußten, die Polen sie dagegen behielten oder sofort Ertrag fanden. Ein Gefühl dumpfer Verzweiflung bemächtigte sich der Deutschen Oberschlesiens, und ich fürchte, wir stehen nicht am Ende der furchtbaren Kämpfe in der Provinz.

Ganze Scharen Oberschlesier wanderten aus, und diese verzweifelten Elemente kamen zum Teil nach Breslau, suchten hier Schutz und Hilfe. Oft kamen von dort vertriebene Beamte zu mir, schilderten ihre furchtbaren Leiden und boten um Unterbringung. Alte besonnene Parteifunktionäre kamen und flehten um Hilfe. Die Flüchtlinge suchten in Breslau ihre Bekannten und Verwandten auf, schrien ihr Leid hinaus und niemand konnte ihnen helfen. Die Bürger Breslaus unterstützten, soweit es ihnen möglich war. Sie mahnten zur Vernunft, weil sie wußten, daß jeder Ausbruch dieser Verzweiflung unser ganzes Volk in unübersehbares Unglück zu stürzen drohte. Die Sozialdemokratie Breslau führte in klarer Erkenntnis der furchtbaren Folgen einen zähen Kampf gegen die gewissenlose Ausnutzung dieses Elends durch die nationalistischen Heher. Aber selbst in Zusammenkünften der organisierten Arbeiterschaft hörte man die Worte: „Wenn wir doch untergehen sollen, wenn wir doch zu Sklaven der fremden Völker gemacht werden sollen, dann ist uns auch schon alles egal. Ob der Volkshewismus kommt oder nicht, ist uns gleichgültig, so kann es doch nicht weiter gehen!“ Die überlegten Führer der Arbeiterschaft und ihre Presse warteten immer auf Neu, und haben die Arbeiterschaft Breslaus vor Torheiten bewahrt. Wo aber diese Aufklärung fehlt, da sammelt sich ein dumpfer Haß gegen diese Zustände, gegen Polen und Franzosen.

So war der Boden geschaffen für die unglücklichen Vorkommnisse. Die Versammlung war schlecht organisiert, Ordner fehlten fast gänzlich, niemand leitete die Massen planmäßig ab. Der erste Zusammenstoß soll erfolgt sein, als ganz zum Schluß ein Pole einen Redner als Lügner bezeichnete. Jetzt sollen auch Oberschlesier aufgetreten sein. Waren es Polen, waren es Oberschlesier? Niemand kennt sie. Die Arbeiterschaft schüttelt derartige unkontrollierbare Elemente schnell ab. Hier war niemand, der die Massen zurückhielt; die entfesselte Leidenschaft brach los. Nun übernahmen die „Goldstarken“ die Führung; Jungens in Schillertragen hielten sich als berufene Leiter. Edelnd sammelte sich der Jammer, gab es doch wieder etwas zu plündern. In den Konjulationen wurde alles zertrümmert. Von den Sofas und Sesseln wurden die blutigebeugte sorgfältig abgeschnitten, Wertgegenstände geraubt und ein Geldschrank aufzubrechen versucht. Auf den Straßen aber tobten dumme Jungen und Gefindel.

Wie ganz anders verlief doch am nächsten Tage die Demonstration der Breslauer Arbeiterschaft. In imposanter Zahl war sie angetreten, um den leidenden Brüdern

in Oberschlesien ihre wärmste Sympathie auszudrücken. Ruhig und ernst war der Verlauf. Kein Tumult, keine Störung. Als auch hier einige fragwürdige Elemente auftauchten, wurden sie sehr unansehnlich abgehoben.

Nach ein Wort zu den antisemitischen Ausschreitungen. In Breslau besteht eine alte jüdische Kaufmannschaft, die mit der Stadt vollständig verwaorfen ist und mit der christlichen Bevölkerung in bester Harmonie lebte. Der Madan-Antisemitismus war in Breslau glücklicherweise bedeutungslos. Seit einiger Zeit hat sich dort aber ein Schiebertum schlimmster Sorte eingestellt. Diese Gesellschaft hat früher in den polnischen Grenzstädten ihre unanständigen Geschäfte getrieben, und bringt von dort alle Gewohnheiten des Schmuggler- und Gaunertums mit. Jetzt macht sie sich prozend in den Kaffees und Hotels Breslaus breit. Die Bevölkerung steht mit Haß, wie diese Parasiten ein raffiniertes Schlemmerleben führen, wie sie ihre Kokotten mit allerlei Schmutz und Tand behängen, wie das Geld bei ihnen keine Rolle spielt. Die Polizei ist viel zu schwach, um dieses neuzeitliche Gaunertum mit Erfolg bekämpfen zu können. Nun ist bei diesem Schiebertum das jüdische Element besonders stark vertreten. So sehr auch gerade die einheimischen Juden dieses Gefindel hassen, der unangeführte Mann sieht hier nur den Juden und verfolgt mit seinem blinden Haß alle Juden. Hier hilft nur sozialistische Aufklärung.

Aber auch hier tragen Mitschuld die akademischen Kreise, die den furor teutonicus nicht genug hegen und pflegen können. Statt mitzuhelfen an der Beseitigung dieser Pestbeule, hegt man in blöder Weise gegen die Juden im allgemeinen. Hier sollte das Kultusministerium einmal mit starker Hand durchgreifen.

Noch am Tage vor den Ausschreitungen habe ich in stundenlangender Sitzung den Minister des Innern auf die Unzulänglichkeit der Breslauer Polizeikräfte aufmerksam gemacht, und er sicherte schnelle Abhilfe zu.

Die Untersuchung über die unseligen Vorkommnisse wird mit voller Strenge durchgeführt. Ueber 20 Teilnehmer, darunter die am stärksten Belasteten, sind bereits verhaftet. Wie bunt im übrigen die Gesellschaft zusammengesetzt war, zeigt, daß ein Zug erst ein patriotisches Lied und dann die Internationale sang.

Offen muß zugegeben werden, daß die Sicherheitspolizei in allen ihren Gliedern versagte. Trotz klarer Anweisungen für solche Fälle, worin der Schutz der Konsulate besonders betont war, gelang ihr die Verhinderung der Plünderungen nicht zeitig genug. Die Ursachen dieses Versagens hier einzeln zu schildern, würde zu weit führen. Ich habe als Leiter der Behörde die Konsequenzen zu tragen, ob schuldig oder nicht.

Die bürgerlichen Parteien Breslaus lehnen mit großer Entrüstung die Verantwortung für die Ausschreitungen ab, und sie entsprechen auch sicher nicht ihren Wünschen. Wie weit aber der namentlich in den Breslauer Hochschulen gepflegte Chauvinismus mißsündig ist, wird hoffentlich die Untersuchung klarstellen. Hoffen wir aber auch, daß endlich der unselige Geist der nationalen Verhetzung verschwindet und die sozialistische Aufklärungsarbeit den Boden vorbereitet für Völkerverständigung und Völkerverfrieden.

Der Entschuldigungsakt für Breslau.

Berlin, 5. September. (M.Z.) Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons und der preussische Minister des Innern Severing suchten heute mittag den französischen Botschafter auf. Dr. Simons erklärte Herrn Laurent folgendes:

„In der Note vom 30. v. M. haben Eure Excellenz der Deutschen Regierung die Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Regierung der Französischen Republik die Beilegung des Zwischenfalls herbeiführen will, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 26. August d. J. zugetragen hat. Zugleich haben Sie auf eine Reihe von Rundgebungen und Angriffen gegen abile und militärische Vertreter Frankreichs in Deutschland hingewiesen.“

„Dabei haben Eure Excellenz betont, daß die Regierung der Französischen Republik mit der Deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Veruhigung und der Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten wünsche. Derselbe Wunsch erfüllt die Deutsche Regierung. Sie mißbilligt auf das entschiedenste diese Vorkommnisse, die wie die Vorgänge in Breslau durch gewisse Umstände und Ereignisse erklärt, aber nicht gerechtfertigt werden können. Die Deutsche Regierung bedauert alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige geworden sind, und wird die in der Note vom 30. v. M. geforderten Genugtuungen gewähren.“

Der französische Botschafter erwiderte: „Im Namen der Regierung der Republik nehme ich Kenntnis von der Erklärung Eure Excellenz und der Zusage der Reichsregierung, daß sie die ihr mitgeteilten Wiedergutmachungsbedingungen erfüllen wird. Lassen Sie mich, Herr Minister, der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich ähnliche Zwischenfälle nicht wiederholen und daß die Beziehungen Deutschlands und Frankreichs sich von nun an im Geiste friedlicher Zusammenarbeit gestalten werden, der für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung und das Gedeihen beider Teile so nötig ist.“

Sobann machte der Reichsminister von den durch die Reichsregierung, der Minister des Innern von den durch die Preussische Regierung in Erledigung der französischen Forderungen getroffenen oder eingeleiteten Maßnahmen Mitteilung.

Berlin, 5. September. (M.Z.) Amlich. In den Forderungen, die wegen der Vorfälle in Breslau von der französischen Regierung gestellt worden sind, gehören auch militärische Ehrenbezeugungen durch eine Kompanie der Reichswehr bei Wiedereröffnung des französischen Konsulats. Aus den Verhandlungen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist bekannt geworden, daß sich die Vertreter aller Parteien in voller Würdigung der Schwere dieser einem Teil der Wehrmacht auferlegten Aufgabe dahin ausgesprochen haben, daß die Forderung nicht abgelehnt werden könne. Die Regierung verläßt sich auf den Gehorsam und auf das Pflichtbewußtsein der Truppe, die beauftragt sein wird, ihrem Eide gemäß die Weisungen der Regierung auszuführen. Sie rechnet bei allen Angehörigen der Wehrmacht auf Verständnis für die schwierige Lage, in der wir uns befinden. Pflicht der Bevölkerung wird es sein, der Truppe die Erfüllung einer Aufgabe, die sie mit Selbsterleugnung auf sich nimmt, nach Kräften zu erleichtern.

Der Konflikt in der Wehrkammer.

Zu unserer Anfrage an den General v. Seekt, wann und wo eine Berichtigung unseres Verichts über die erste Tagung der Wehrkammer gemäß seiner Erklärung — in der Presse erschienen sei, teilt uns das Reichswehrministerium mit, daß ein Vertreter des Reichswehrministeriums eine berichtende Erklärung in der Presseführung vom 12. August 1920 abgegeben habe.

Von dieser Erklärung haben wir keine Kenntnis erhalten, sie ist unseres Wissens auch nirgends in der Presse veröffentlicht worden. Wenn das R. W. M. meint, daß es mit dieser Erklärung den seit langer Zeit üblichen Weg eingeschlagen habe, so müssen wir das bestritten: wir haben in den letzten anderthalb Jahren mindestens drei Dutzend direkte Berichtigungen seitens des R. W. M. — und zwar oft bei geringfügigsten Anlässen — erhalten, und es wundert uns, daß man gerade in diesem wichtigen Falle davon abgesehen hat, sich an uns direkt zu wenden. Auch den sonst gebräuchlichen Weg durch eine mehr oder weniger offiziöse Korrespondenz eine Gegenerklärung zu verbreiten, hat das R. W. M. diesmal auffälligerweise nicht gewählt.

Was aber nun den sachlichen Inhalt der in der Presseführung vom 12. August 1920 abgegebenen Erklärung betrifft, so enthält diese in der Wehrzahl der Punkte eine Bestätigung keine Widerlegung unseres Verichts. Meist handelt es sich nur darum, daß den von uns aufgeführten Tatsachen, die damit be-

kräftigt werden, eine entschuldigende Begründung gegeben wird. Wir bleiben übrigens dabei, daß unser Bericht auch in den wenigen Punkten, wo ihn die Erklärung des R. W. M. bestritt, durchaus zutreffend war.

„Der rote Gott!“

Aus Waldenburg in Schlesien wird uns geschrieben: Das niederschlesische Industriegebiet ist dank der politischen Unerschrockenheit der Unabhängigen und Kommunisten fortgesetzt der Tumultes allerlei dunkler Elemente, die weder für den Sozialismus noch für den Kommunismus, sondern nur für ihre eigenen Töchen arbeiten, sofern sie nicht gar im Dienste der Kapitalisten stehen. Vor den Reichstagswahlen wurde bereits ein unabhängiger Agitator, ein junger Bursche, der sich Edmund und Bruno Pahl nannte und der sich brüstete, die Sozialdemokratie in sechs Wochen zu erledigen, sofern er von den Unabhängigen als Parteisekretär angestellt (!) werde, als Schwindler und Hochstapler entlarvt. Als die sozialdemokratische „Schlesische Vergewalt“ vor diesem Burschen warnte, wurde sie von den Unabhängigen mit Schmutz beworfen. Kurze Zeit darauf sahen sich die Unabhängigen gezwungen, den mittlerweile als Betrüger entlarvten Pahl aus der Partei zu entfernen, und noch vor den Reichstagswahlen fanden wir das Burschen als — deutschnationalen Redner im Kreise Trebnitz, der Domäne des früheren ungeliebten Königs von Preußen, wieder! —

Einige Wochen nach den Reichstagswahlen tauchte wieder eine unabhängige Größe im Waldenburger Revier auf, ein Mann, der sich Wille nannte, angeblich aus Berlin. Er hielt für 50 Pf. Eintrittsgeld Vorträge über das Thema: „Der rote Gott!“ Ein Geatich von gemeinen Satiriparodien und Verdächtigungen sozialdemokratischer Führer, deren Pfaffenstreichereien und ungläublichem politischen Instanz. Die „Schlesische Vergewalt“ warnte ebenfalls vor dem albernen Schwärmer, der es offenbar nur auf das Eintrittsgeld abgesehen hatte, allerdings nur mit dem Erfolge, daß die Unabhängigen die „Vergewalt“ mit einer Flut von Beschimpfungen überschütteten. Jetzt ist der angebliche Wille bei Nacht und Nebel verschwunden. Zum Dank für die unentgeltliche Verberberung und Verführung hat er seinem Quartiergeber, dem unabhängigen Reichstagskandidaten Müller-Gottesberg, 800 M. und eine Uhr im Werte von 100 M. gestohlen! Sicher wird nun B. in einem anderen Revier unter einem anderen Namen wieder auftauchen und seine Jagd auf Dumme fortsetzen.

Korruptionsbeschuldigung gegen Davidsohn

In der reaktionären Presse werden gegen Georg Davidsohn Beschuldigungen wegen angeblicher großer Schiebereien mit Konfessionsware erhoben. Nach der Darstellung der „Täglichen Rundschau“, der wir die Verantwortung hierfür überlassen müssen, handelt es sich um die Verschlebung eines Postens von 500 000 Stück Wänteranzügen mit einem Gewinn von 70—80 M. für den Anzug. Davidsohn wird in der Kreisübersicht als Mitglied der U. S. P. bezeichnet. Nach unseren Erkundigungen ist er bisher aus der sozialdemokratischen Partei nicht ausgeschlossen, wenn auch seit längerer Zeit ein Ausschlußverfahren gegen ihn läuft.

Zu den sachlichen Aufschuldigungen gegen Davidsohn können wir keine Stellung nehmen, da uns über die Vorgänge nicht das mindeste bekannt ist. Für Davidsohn wird es immerhin ein recht eigenartiges Gefühl sein, daß dieselbe reaktionäre Presse, die auf Grund der Davidsohnschen Wänterschaffungen wochenlang ihr ungründliches Korruptionsgeschrei gegen die Partei erhoben konnte, nun am Schluß ihn, Davidsohn, selber als einen großen Schieber hinstellt. Selbst wenn die Vorwürfe gegen ihn unberechtigt sein sollten, was wir hoffen, so wird Davidsohn auf menschliches Mißgeschick Anspruch nicht erheben können, nachdem er selber soviel dazu beigetragen hat, daß unanständige Männer, Führer der Sozialdemokratischen Partei, monatelang durch den Schmutz der Verleumdung gezogen werden konnten.

Die reaktionäre Presse aber, die sich in dieser ganzen Kampagne gegen unsere Parteiführer auf den „sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Davidsohn“ als Haupt- und Kränzen berufen hat, sie möchten wir fragen: Wird ihr nun nicht etwas

Weltbücherkatalog.

Um sich in dem ungeheuren Irrgarten der Weltbücherezeugung aus Bergangenszeit und Gegenwart zurechtzufinden, bedürfte es einer wegwiesenden Tätigkeit der Bibliotheken, die bisher auch nicht im entferntesten geleistet ist. Auf allen Bücheransammlungen wird zwar ununterbrochen an der Ordnung und Katalogisierung der Bücherbestände gearbeitet; Bibliothekarien einzelner Völker, lokale und hochschulbibliothekäre aller Art werden vertriebt. Aber all dies geschieht ohne festen Plan und daher ohne gegenseitige Ergänzung, ohne innere Uebereinstimmung. Und doch könnte der größte Teil dieser zerstückelten, vielfach identischen und daher im höchsten Grade unwirtschaftlichen Arbeit einseitig geleistet werden, wenn man sich entschloße, einen „Weltbücherkatalog“ in Angriff zu nehmen.

Mit diesem großzügigen Plan tritt der bekannte Bibliothekfachmann und Direktor der Donner Universitätsbibliothek Wilhelm Erman in einem Aufsatz der „Deutschen Literatur-Zeitung“ hervor. Er hat seine Ideen näher in einer Schrift „Weltbibliographie und Einheitskatalog“ ausgedehnt. Erman knüpft an den Bericht an, den der Direktor der Reichsbibliothek in Frankfurt am Main Berghofer über die fast 30jährige Arbeit erstattet hat, in der er einen auf etwa 130 wissenschaftliche Bibliotheken des deutschen Sprachgebietes ausgedehnten Sammelkatalog geschaffen hat. Dieser alphabetisch geordnete und mit Beschriftungen versehene Katalog enthält bisher 2500 000 Titel auf 1 900 000 Seiten; er dient in erster Linie zur Ermittlung der in der Reichsbibliothek und dann überhaupt in allen Frankfurter Bibliotheken nicht vorhandenen Bücher, die daher im Selbstverehr von auswärts bezogen werden müssen.

Die höchst verdienstvolle Leistung, die mit verhältnismäßig geringen Kosten durchgeführt wird, verdient die größte Anerkennung, ist aber dadurch beschränkt, daß sie nur die gedruckten Kataloge und Jugungsverzeichnis erschließt, die gerade die reichsten und wichtigsten Bibliotheken vielfach nicht besitzen, und nur das deutsche Sprachgebiet behandelt. Viel wichtiger wäre es, ein Werk zu schaffen, das Erman folgendermaßen näher bezeichnet: „Ein erschöpfendes Verzeichnis der Bücher aller Zeiten und Völker, welches, sachlich geordnet und mit Einzelnummern für jedes Werk versehen, als Normal- und Einheitskatalog aller Bibliotheken dienen könnte, während keine einzelnen Teile, mit Ausschluß einzelner minder wichtiger Abschnitte gedruckt, die denkbar vollkommensten Fachbibliographien bilden würden.“

Das Reichsministerium des Innern hat den großen Nutzen dieses geplanten Unternehmens ausdrücklich anerkannt, aber bei der finanziellen Notlage des Deutschen Reiches die Ausführung auf Zeiten verschoben, in denen das große Werk noch Wiederherstellung

der internationalen Beziehungen auf eine internationale Arbeitsgemeinschaft gegründet werden könnte. Erman scheint es allerdings wichtig, daß vor allem mit dem Brüsseler „Institut international de bibliographie“ zusammengearbeitet wird, das schon seit 25 Jahren ähnliche Ziele verfolgt; er ist aber der Ansicht, daß in Preußen die Arbeiten an der Weltbibliographie ohne jede Neu-Belebung des Staats begonnen werden könnten, wenn der jetzt in Arbeit befindliche preussische Gesamtkatalog fertig ist. Dann werden an den daran beteiligten elf Bibliotheken fünfzehn Bibliothekare frei, die für die neue Aufgabe besonders gut vorbereitet sind.

Der „Weltbücherkatalog“ ist sicher eine wissenschaftliche Notwendigkeit, die einmal geleistet werden muß. Aber auch dieses der geistigen Arbeit mühselige Werk muß sich ein Opfer des Krieges, auf ein fernes Jenseitsverlangen versparen lassen.

Die Volkstheater als Theaterleiter. Im Stadttheater zu Halle a. d. Saale fand gestern die Gründungsversammlung der Halleischen Volkstheater statt. Dr. Ludwig Seelig, der Theaterreferent im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, erklärte in einer Ansprache, daß die deutschen Theater unter den jetzigen Umständen zugrundegehen müßten. Sie seien privatwirtschaftliche Unternehmungen und das Publikum bringe die Gelder zu ihrer Unterhaltung unter den gegebenen Verhältnissen nicht auf. Finanzuell seien Staat und Städte nicht imstande, die Institute zu retten. Wenn an einer Erhaltung des deutschen Theaters gelegen sei, der müsse dazu beitragen, daß die Anteilnahme des Volkes erhöht werde. Das beste Mittel sei die Gründung von Volkstheatern. Nur diese gäben dem Theater eine gesicherte Ergänzung. Seelig führte als Beispiel die Berliner Volkstheater an. Sind die Theater rein privatwirtschaftliche Unternehmungen, dann kommen sie dem Unterhaltungsbedürfnis der Kapitalkräftigen immer mehr entgegen und weichen immer weiter ab von ihrer kulturellen Mission.

„Verflucht sei der Ader...“ Aufführung des Sozialdemokratischen Bildungsausschusses. Groß-Berlin. Das dieses Vandalentatema endlich in Berlin aufgeführt worden ist, sei als ein Verdienst unseres Bildungsausschusses gebucht. Wir haben nicht viele Bühnenwerke, in denen proletarisches soziales Schicksal erzählt ist, und dieses hier, knapp und schlicht voll schweren Ernies, gehört zu den nennenswerten. Daß es durchaus Bühnenfähig ist und erweislich wirkt, hat sich gestern im Zentraltheater (Alte Jakobstraße) gezeigt. Um so wunderlicher, daß bisher keine Berliner Bühne sich ihm zuwandte. Aber es ist nun einmal eine Tatsache, daß Arbeiterdramen, die ihren Stoff aus der Perspektive der Massenogenschäfte und ganz ohne die leidige bürgerliche Mißbilligung ansetzen, seit je von den Theatern möglichst umgangen worden sind. Auch nach der Revolution hat sich in dieser Beziehung nicht viel geändert. Nachdem wir uns mit gutem Grunde die Frage aufdrängen, warum nun dieses Drama, das in der Anbelegung und Verzweiflung der medienburgischen Landtagelöhner wurzelt, mit einer Bühne vorlieb nehmen

muß, die nicht zureichende Mittel einsetzen kann. Das Bemühen, ihm ein besseres Los zu sichern, begann schon vor sechs Jahren, wurde dann durch den Krieg ausgesetzt, setzte nach Wiederbruch der Kriegsgenur abermals ein und blieb doch wiederum ohne das Gelingen, auf das es ankam. Es ist immerhin angebracht, dies jetzt festzustellen.

Zwei sozialdemokratische Heimatschriftleiter haben das Drama gedichtet. In Moskau lebte und mit den ländlichen Anhängen Medlenburgs vertraut, schrieben sie mehrere soziale Stücke aus dem Volksleben, von denen dieses dramatisch das beste ist. Jetzt ist von den beiden nur der eine, Robert Respiat, an der Arbeit geblieben. Der andere, Franz Staroffen (er hat eine Zeitlang der medlenburgischen Revolutionsregierung angehört), ist im vorigen Jahre als einer, der den letzten Pfunden Kraft seiner politischen Sache hingeworfen hat, gestorben. Respiat (er hat vor Jahren soziale Verse unter dem Namen Walter Treumann veröffentlicht) ist Medlenburger von Geburt und kennt das Leben seiner Landleute, wovon auch das sehr aufgeführte Stück zeugt; Staroffen, der als Kritiker begann, stammte aus Berlin, und ihm hat man insbesondere die Gestalt des Lehngängers Weimers, eines echten Berliner Jungen zu verdanken. Dieser Weimers wurde in der geistigen Aufführung zum am meisten wirksamen Element des Stückes; durch die besonders gute Besetzung der Rolle mit Erich Kuttner. Er wird aber für die Stellung des Dramas immer wichtig sein, einmal als der Aufreißer der landproletarischen Dampfheit und Verdrückerung und dann als eine Figur, in der sehr genäht Ernst und Humor innerlich verbunden sind. Seine gut und echt berlinisch wortbedingene Art hat das Verdienst, den Trost der Tagelöhner auf die Weine zu bringen. Er ist ein Vertraulicher, der aus dem Gefängnis auf die Landstraße ging, aber weil er ein ganzer Kerl ist, der den Boden unter den Füßen behält und dem außerordentlichen Gemütsdruck ohne Duden gewachsen ist, hat er die hilflosen Tagelöhner auf seiner Seite. Er ist ihr Helfer und bewahrt sie geistlich vor gefährlichen Streichen, als ihre Veranweisung ausbricht. Zur letzten Stunde hat er einen Aern von Proseß, die gewicht, mutig und human in eins ist. Er kann freilich das Verderben nicht aufhalten, das über das Tagelöhnerpaar Peter und Marie Dahn (von R. Wunsch und Eleonore Bruns sozialverhältnismäßig darstellend) hereinbricht. In diesen beiden Figuren der Gutsitzer Eierschirm, der adlige Volkkauffähigkeit despotische Abschiedsmittel die beste Art seien, und das Ende vom Liede ist die Verurteilung der zum Herabfallen getriebenen zwei Leute. Der Ader, von ihrer Arbeit befreit, hat ihnen keinen Segen gereicht.

Das Drama ist ein einfach und klar gefasstes Willensstück, das in allem Wesentlichen sozial und menschlich wahr ist. Es ist nicht allzu schwer, durch abhebende Betonungen herauszuarbeiten, was den Aufmerksamern der Handlung ausmacht. Doch hier hat die leitende Hand noch Arbeit zu tun. Es ist wohl zu erwarten, daß sie zur nächsten Wiederholung die Rollen auszusprechen werden. Mit den genannten und den meisten übrigen Schauspielerschen Kräfte ließe sich trotz der hinderlich beschränkten und im Grunde unzulänglichen Verhältnisse der Bühne die Gesamtleistung viel annehmbarer gestalten. Die Wirkung des Stückes war aber, nach

schwür zu Karte, wenn sie selbst ihren Haupt- und Kronzeugen gegen Scheidemann, Ebert, Noske usw., ihren unantastbaren Ehrenmann, als angeblichen Riefenschieber entlarzt!

Verbrannte Polonia-Munition!

Aus Erfurt kommt die Nachricht, daß auf dem dortigen Güterbahnhof einer der nach dem Friedensvertrag durchzulassenden Nachschubzüge für die französischen Truppen in Oberschlesien, der sogenannten Polonazüge, angehalten und von der Kontrollkommission der Eisenbahner durchsucht worden ist. Ein Wagen, in dem größere Mengen von Gewehr- und Artilleriemunition gefunden wurden, ist ausgeleert und der übrige Zug weiter geleitet worden. Während nun über die Weiterbeförderung des Munitionstransportes verhandelt wurde, haben angeblich Arbeiter des Güterbahnhofes den Wagen entladen und die Munition an einem abseits gelegenen Ort in Brand gesteckt.

Wenn diese Nachricht zutrifft, so würde die Handlung selbstverständlich in Widerspruch stehen nicht nur zu den gesetzlichen Bestimmungen, sondern auch zu den Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien einerseits und der Reichsregierung andererseits. Auch bei diesen Vereinbarungen ist ausdrücklich zugesagt worden, daß bei Militärtransporten, deren Durchlassung der Friedensvertrag ausnahmslos aufzuerheben, unbeanstandet bleiben, aber von der Verwaltung so bezeichnet werden sollen, daß kein Irrtum eintreten kann. Wenn ein Teil der Arbeiter nun eigenmächtig die Munition nicht nur anhält, sondern sie vernichtet, so kann das abermals zu schweren Verwicklungen mit der Entente führen. Es gibt zwar Leute, die die Arbeiter mißbrauchen wollen, um solche Konflikte herbeizuführen, aber daß die Mehrheit der Arbeiter davon nichts wissen will, steht fest. Deswegen sollten die organisierten Arbeiter, Beamten und Angestellten, denen an einer wirksamen Kontrolle der Neutralität liegt, nicht nur ihr Augenmerk auf die Züge richten, sondern auch auf diejenigen Kreise von Personen, die die Munitionstransportkontrolle zu einer Aktion gegen die Neutralität ausnützen wollen.

Kam es würde allerdings dabei besser stehen, wenn das Reichswehrministerium sich nicht in ungebührlicher Kurzsichtigkeit darauf berufen würde, die durch Vereinbarung mit der Reichsregierung anerkannte Kontrollkommission der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften aufzulösen. Heute läßt es durch Wolffs Bureau eine längere Vorlesung zur Verteidigung seiner Haltung verbreiten, die zu dem Ergebnis kommt, daß das Ministerium ja die Kontrolle der Arbeiter nicht abgelehnt habe, sondern gerade die Betriebsräte der Eisenbahnsektionen mit zur Kontrolle heranziehen wolle. Diese Verteidigungsschrift bedeutet Sand in die Augen der Öffentlichkeit. Was behauptet worden ist, ist heute noch richtig: das Reichswehrministerium will die von den sozialistischen Parteien und den in Frage kommenden Gewerkschaften gemeinsam eingesetzte Kontrollkommission ausschalten und ersetzen durch den jeweiligen Chairman des Betriebsrates. Das ist eine Umgehung der getroffenen Vereinbarungen, die einer Sabotage der Vereinbarungen ähnlich sieht und ganz besondere Erregung bei den Arbeitern hervorruft.

Nicht nach Moskau — zurück zur S. P. D.!

Eine Mitgliederversammlung des Unabhängigen Vereins in G. l. a. h. beschäftigte sich mit der Frage des Anschlusses an Moskau. Die Unterwerfung unter die Moskauer Bedingungen wurde mit 100 gegen 8 Stimmen abgelehnt und mit der gleichen Mehrheit der Übertritt des gesamten Vereins zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschlossen.

Konferenzöffnung in Riga am Donnerstag

Riga, 6. September. (Dovab.) Die Eröffnung der russisch-polnischen Verhandlungen in Riga ist für den 9. September vorgesehen. Die Sowjetregierung hatte einige Bedingungen gestellt, die von der lettischen Regierung angenommen worden sind, nämlich freie Schiffe, Telegrammverbindung und Immunität für die russischen Delegierten.

London, 5. September. (W.B.) Der Arbeiterkongress hat Adamson und Purcell beauftragt, nach Riga zu dem lebhaften Beifall zu urteilen, schon jetzt nicht gering. Es ist eben ein Drama, das aus dem sozialen Kampf der Arbeiterklasse hervorgeht.

Goethe und die Polenkreuz-Verbrennung. Die Arbeiterjugend hatte zu Weimar Goethes Standbild bekränzt. Heiden des Polenkreuzes schändeten die Zier. Die Jugend darauf: ein großes Polenkreuz geformt und — heil! in die Flammen des Holstisches. Was Goethe wohl dazu gesagt hat? Einmal, die zunächst standen, wollen bemerkt haben, daß das Standbild im Schein der zuckenden Flammen die Typen bewegte und leise die Verse sprach, die Goethe einst schrieb, als die deutsche Vorkriegsjugend — damals auch sie wirkliche Jugend — auf dem Wartburgfest am 18. Oktober 1817 die Symbole der Anekdote und Reaktion samt den Schriften der Schmalz und Klopke dem Scheiterhaufen überließerte. Damals schrieb Goethe:

Die Jugend hat es Dir vergolten,
Aber End der Lamen sie zusammen,
Dich haufenweise zu verdammen;
Sontt Vater freut sich dieser Flammen.

Paumelster Salach (Theater in der Königgräzer Straße). Ibsens Drama vom Paumelster, den zwar der Wille zum Glück besetzt, der aber an mangelndem Willen zum Glück scheitert, wurzelt in tiefster Symbolik, die Ausdrucksform häßlichen inneren Realismus ist. In gigantisch ist Salach für einen Göttinger, zu gering aber für einen Giganten, ein halber Prometheus, und so stürzt er, weil er Luftschiffbauer bauen will, aber Luftschiffbauer, denen die Grundbrenner fehlen, und weil er sucht, da die Jugend aus Tor pocht, anstatt froh ihr zu öffnen. Albert Steinrück hat in der Rolle des Paumelsters eine gewaltige abgerundete Leistung. Nießliches Maske wählte er in ergreifender Schärfe und gestaltete so ein Stück Titanentum, das schließlich doch zum Scheitern verdammt ist. Nicht in Wassermanns Spuren wandelte er, sondern war ganz ein eigener, brutal, dämonisch, mit schmerzlichen Augen lebte Erschütterung darstellend. — Ersta Gläuner (als Hilde Wangel), eine Lernende, wenig glaubhaft, doch immer erträglich und nicht allzu sehr daran erinnernd, daß sie sonst andere Vade geht. Doch es fehlt ihr der hübenende Aufsicht: als Lösung zehnjährigen Herzens; eine Lernende hoffentlich. ... Mähe von Frau Hannemann an dargestellt. Sie hätte die ruhige Dignität des ersten Aktes auch weiterhin beibehalten und weniger sich selbst verflüchtigen sollen. Erwähnt seien Gustav Bohy und Felix Koller. Die Regie Jung's wirkte im ersten Akt etwas zu leicht, später überzeugend. Ein paar Kürzungen (besonders im zweiten Akt) täten gut. Der Beifall war echt und inwändig. wp.

Theater. Die Bolschewiken und Adels Sendor haben ihren bis Ende dieser Spielzeit laufenden Vertrag in gegenseitigem Einverständnis gelöst.

Heber Strinachs Verlobungsfeiertheorie hält morgen abend 8 Uhr Magnus Hirschfeld im Bühnenklub einen Vortrag mit Lichtbildern. Das Bühnen-Orchester hat einstimmig beschlossen, Selmar Wechsungen die Leitung des Orchesters anzubieten. Der Künstler hat angenommen und beginnt seine Tätigkeit im 1. Sonntag-Sinfonienkonzert des Herbstes.

geben, um eine genaue und direkte Information über die russisch-polnische Lage zu erhalten.

Suwalki von den Litauern besetzt.

Suwalki, 5. September. Am 3. September wurde polnische Kavallerie von litauischer Infanterie und Artillerie zurückgeworfen und Suwalki von den Litauern besetzt. Östlich von Suwalki örtliche Kämpfe. Die Litauer Judjenny's zieht sich nach einem vergeblichen Entlastungsstoß weiter zurück. Östlich Lemberg örtliche bolschewistische Gegenangriffe.

Lettsch-Litauischer Krieg?

Paris, 5. September. (W.B.) Ein Moskauer Funkpruch meldet, daß die Feindseligkeiten zwischen Lettland und Litauen begonnen hätten. Der Funkpruch erklärt, daß die lettischen Soldaten nicht in den Krieg ziehen wollten.

Pomerellenaufstand gegen Polen?

Danzig, 5. September. (W.B.) Wie der „Danziger Zeitung“ aus Graudenz berichtet wird, wurden gestern morgen gegen 7 Uhr der Bahnhof und sämtliche öffentlichen Gebäude der Stadt Graudenz von pomerellischen Truppen besetzt und die Kongreßpolen gewaltsam entsetzt. Gegen 10 Uhr wurden die schwachen Besatzungen von einer kongreßpolischen Schwadron überrollt und entwaffnet. Etwa 300 bis 400 Mann pomerellischer Truppen wurden von den Kongreßpolen verhaftet. Wie gerüchelt wird, werden aus Posen 8000 Mann Truppen erwartet, um Graudenz und sämtliche ehemals preussischen Gebiete von den Kongreßpolen zu säubern.

Der Sohn für Ausweisung des Vaters!

Paris, 5. September. (W.B.) Wie der „Temps“ aus Athen meldet, berichten dortige Blätter, daß die griechische Regierung von der Schweiz Regierung die Ausweisung des Königs Konstantin verlangen werde, dessen Beteiligung an dem Anschlag auf Benizelos und an der in Athen entdeckten Verschwörung durch eine Untersuchung festgestellt sein soll.

(Bekanntlich ist der gegenwärtige König von Griechenland, Alexander, der Sohn des in Verbannung in der Schweiz lebenden Konstantin, dessen Ausweisung die Regierung Benizelos verlangt! Die Red.)

Neues Verfahren gegen Eisenberger. Wegen den kommunistischen Abg. Eisenberger, gegen den wegen der seinerzeit mitgeteilten Generalstreikpläne, die zur Verurteilung der anderen Beteiligten führte, noch ein Verfahren andächtig ist, hat die Staatsanwaltschaft wegen seiner jüngsten in der Provinz gehaltenen Reden ein neues Verfahren eingeleitet.

Wirtschaft

Die Regelung der Elektrizitätswirtschaft. Auf Einladung des Reichsfinanzministers tagte am Freitag und Sonnabend im Reichstagsgebäude der Beirat für die Reichs-Elektrizitätswirtschaft. Die Beratung der mitteldeutschen Energieverbraucherzentren, namentlich Berlins, Leipzig und Dresden, mit Grundbesitzungsstellen aus den auf dem Gebiet der Reichswerke in Bismarck, Spremberg und Lausitz, sowie die süddeutschen Wasserkraftwerken des Reiches wurden ausführlich besprochen. Ueber das nach § 1 des Elektrizitätsgesetzes bis zum 1. April nächsten Jahres von der Reichsregierung einzubringende Gesetz zur allgemeinen Regelung der Elektrizitätswirtschaft wurde eingehend referiert. Zur sachverständigen Beratung des Reichsfinanzministers bei den bevorstehenden gesetzgeberischen Arbeiten wurde ein Ausschuss von 18 Mitgliedern eingesetzt. Der Ausschuss wird sich möglichst noch in diesem Jahre dem Reichswirtschaftsrat zugehen, um Anfang 1921 bei den gesetzgebenden Körperschaften eingebracht werden zu können. Ferner wurde zur Beratung des Reichsfinanzministers in Fragen der mitteldeutschen Elektrizitätswirtschaft und der süddeutschen Wasserkraftwerke ein Ausschuss gewählt.

Die Kohlensteuer in Oberschlesien aufgehoben. Die interalliierte Kommission hat die Steuer für die ober-schlesischen Kohlentransporte aufgehoben, so daß nunmehr außer den Transportsteuern an die Entente und der Versorgung der deutschen Staatsbahnen auch die Industrie wieder Kohlen erhalten kann. Der Anfall an Kohle, der durch den Kohlenstreik und die anfallende Steuer für das deutsche Wirtschaftswesen entstanden ist, beträgt nach Schätzungen etwa 700 000 Tonnen Kohle.

Der einer Stilllegung der Partikulierschiffahrt auf dem Rhein? Das Besetzungsamt des Partikulierschiffahrtsverbandes für die Rheinschiffahrt schlägt einer außerordentlichen Versammlung die Stilllegung aller Fahrzeuge sowie Entlassung des Personals vor, nachdem trotz wesentlicher Herabsetzung der Frachten die Schiffarmen der Frachtdennam des Kontors kaum noch benutzen, so daß viele Fahrzeuge seit längerer Zeit bereits beschlagnahmt sind. Der Partikulierschiffahrtsverband umfaßt etwa 25 Vtr. der gesamten Rheinschiffahrt. — Das Kohlenkontor benutzt jetzt 700 000 t ausländischen Kohlenraum, da von diesen Firmen nicht Frachten berechnet werden.

Groß-Berlin

Was der Laubenzolonist zu leisten vermag!

Die Ernteernte der Laubenzolonisten.

Am gestrigen Sonntag wurde die Gartenbauausstellung des Zentralverbandes der Kleingärtnervereine Deutschlands, des Groß-Berlin (Verband der Laubenzolonisten Berlins und Umgegend), im Egererhaus der Kaiserstr. des früheren Franzeregiments an der Wälderstraße eröffnet. Sie zeigt auf neue die achtunggebietende Leistungsfähigkeit des Laubenzolonisten, dessen Arbeit längst über das Stadium des Dilettantismus hinausgeschritten ist. Die Laubenzolonien verdienen der durch ihre Organisation gepflegten Verbindung von Theorie und Praxis ihre steigenden Erfolge, und seit dem Hunger während des Krieges wird auch ihre Bedeutung für die Nahrungsmittelversorgung immer mehr erkannt und anerkannt.

Die Ausstellung bietet das allgemeine Bild. Da ist wieder die Fülle ernteter Gemüse und Früchte, die nicht nur durch eine oft ins Riesenhafte gehenden Entwicklung, sondern auch durch gute Qualität sich auszeichnen. Wieder streuen sich prächtige Erzeugnisse der Blumenzucht in der manchen Laubenzolonist es mit dem Fachmann aufnimmt. Reich ist auch die Kleintierzucht, die sich bei den Köpfen der Gärtnern, Laubenzolonisten usw. drängen sich die bewundernden Besucher. Die Ziegen, deren Zucht insoweit das Aufnahmestadium fast angenommen hat, mußten leider wegen der Maul- und Ruhrseuche ausgeschlossen werden. Nicht haben die Kolonisten gemeinschaftlich durch ihre Vereine angestrebt, wobei manche sehr wirkungsvolle Arrangements zustande gekommen sind.

Zahlreiche Preise sind ausgesetzt worden, darunter Ehrenpreise von der Stadt Berlin und von Vororten, z. B. von Char-

lottenburg, Neukölln, Lichterfeld, Egelsh., Mariendorf, Britz, Treptow, Johannisthal, Oberschönau, Friedrichsfelde, Reinholdsdorf. (Die Eröffnung von Preisen wurde abgelehnt z. B. von Wilmersdorf, Schmöckendorf, Weißensee, Rankow.) Auch die Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg, die Deutsche Gartenbauvereinsvereine, viele Pflanzervereine und Einzelpersonen haben Preise gestiftet. Den höchsten Ehrenpreis, den der Stadt Berlin, hat sich die von Neuköllnern besetzte Kolonie „Jägerheim“, die denselben Preis schon im vorigen Jahr errang. Die nächstfolgenden Ehrenpreise, ausgesetzt von der Landwirtschaftskammer, fallen an „Großer Ras“ (Neukölln) und „Rot Köpfelein“ (Lichterfeld). Einen Ehrenpreis der Gartenbauvereinsvereine erhielt der Einzelgärtner Erwin Böhm (Treptow), der eine für jeden Kleingärtner sehr lehrreiche Sammlung von Schädlingen des Obst- und Gemüses ausstellt.

Der Abwehrkampf, den die von weiterer Dinausdrängung bedrohten Laubenzolonien der Umgebung Berlins jetzt führen, wird durch diese den Fleiß und die Erfolge des Laubenzolonisten beweisende Ernteernte wirksam unterstützt. Geöffnet ist die Ausstellung noch am heutigen Montag 9-9 Uhr und am morgigen Dienstag 9-7 Uhr.

Ein ungetreuer Bankrevisor.

Eine überraschende Aufführung hat ein großer Bankdiebstahl in Halle gefunden. Der Dieb wurde von der Berliner Kriminalpolizei festgenommen. 200 000 Mark Eisenstücke fehlten. Die Ermittlungen der Ortspolizei ergaben schließlich, daß die Eisenstücke nur bei einer Revision, die durch eine Treuhandgesellschaft vorgenommen worden war, entwendet sein konnten. Die Berliner Kriminalpolizei, der die fehlenden Stücke mit Nummern mitgeteilt worden waren, ermittelte, daß ein Geldhändler in Charlottenburg für 100 000 Mark gekauft und in Umlauf gebracht hatte. Als Verkäufer wurde der 33 Jahre alte Buchrevisor Karl Wille aus der Gleimstr. 15 ermittelt, der die Papiere durch einen anderen angeboten hatte. Der Käufer hatte die Papiere geprüft und mit einem Scheck auf eine hiesige Großbank bezahlt. Wille wurde verhaftet, befristet aber den Diebstahl. In seiner Wohnung fand man auch nur 4500 M. Als Beweis dafür, daß er nicht der Dieb sein könne, führte der Verhaftete besonders seine mäßige Vermögenslage auch noch nach dem Diebstahl an. Es ermahnt sich in der Tat, daß der Gerichtsvollzieher bei ihm fündiger Gast war und eben erst seine Möbel pfänden wollte. Die weiteren Nachforschungen deuten jedoch auf, daß Wille ein Doppelleben führte. Während der Gerichtsverhandlung bei ihm aus und ein ging, machte er mit seiner Frau eine Reise nach Tirol, abgesehen von anderen ebenfalls kostspieligen Reisen in die Provinz.

Wie festgestellt wurde, ist der tüchtige Revisor wegen Wertungs wiederholt, auch schon mit Buchsaus, bestraft. Durch Klüftung von Neuanfragen hat er es verstanden, Anstellungen bei Banken zu finden und so Treuhänder und Bankrevisor zu werden. Wahrscheinlich hat er von der erbeuteten Summe noch einen erheblichen Betrag verstreut.

Die Schulhäuser den Schülern!

Die Berliner Gemeindefürsorgeverwaltung kann am dem Schulstreik, den sie in den Gemeindefürsorge der Bromberger Straße und der Remeler Straße erlebt hat, die Lehre ziehen, daß die Schuld der Eltern zu Ende ist.

Die Forderung „Die Schulhäuser den Schülern“ ist eine Selbstverständlichkeit. Nicht mal in der Kriegszeit, wo alle nicht dem „Kriegsbedarf“ dienenden Interessen brutal niedergedrückt wurden, konnte man es verheißeln, daß die mangelnde Schulverwaltung unzulässig die Benutzung von Schulhäusern durch Militär und Kriegswirtschaft (Werkstätten usw.) mit anließ. Aber mit diesem Unfug, vor allem mit der Verdrängung ganzer Schulhäuser durch die Gewerkschaftsfürsorge, muß jetzt mal Schluss gemacht werden, weil dadurch der Schulbetrieb schwer beeinträchtigt und die Schuljugend gesundheitlich und erzieherisch geschädigt wird. Selbstverständlich muß auch die Gewerkschaftsfürsorge in ihrer sehr wichtigen Arbeit nicht behindert werden, und mit Recht verlangt sie Unterfinanzierungen, die ihr genügen. Es kann aber nicht unmöglich sein, ihr anderswo solche zu beschaffen. Wie erhaltene über die Zustände in den Schulen der Bromberger und der Remeler Straße von beiderseitiger Seite eine längere Betrachtung, die hinweist auf die notgedrungenen Benutzung der Schulhäuser an Vor- und Nachmittagen, auf die dadurch verursachte unzulängliche Lüftung, auf die bei den Kindern bemerkten Gaiterkrankungen usw. Wer wird sich wundern, daß die Eltern in Erregung geraten und die Elternräte einschreiten?

Die Elternräte dieser Schulen wollen mit denen anderer Schulen, die unter ähnlichen Umständen leiden, in Verbindung treten, um ein gemeinsames Vorgehen zu erzielen. Wir werden um die Mitteilung gebeten, daß solche Elternräte sich wenden möchten an Gustav Müller, Berlin, Remeler Straße 8.

Morgen keine Stadtverordnetenversammlung. Die angesetzte Sitzung der neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung findet morgen nicht statt. Am Mittwoch tritt der Werausschuß der neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung zum erstenmal zusammen und am Donnerstag, den 9. d. M., ist die alte Berliner Stadtverordnetenversammlung zu einer Sitzung einberufen, in der wichtige Beschlüsse auf mehreren Verwaltungsbereichen, z. B. dem des Wohnungswesens, gefaßt werden sollen.

Polnische Intrigen. Den polnischen Agitatoren sind die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier ein Dorn im Auge. Es werden in den Arbeitsräumen der Vereinigten Verbände Diebstähle an Mitgliederlisten ausgeführt, polnische Vereinigungen mit ähnlichen Namen werden gegründet, um deutsche Mitglieder anzulocken und allerhand Lügen werden ausgetreut. Eine solche Lüge ist die Behauptung, daß die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier antisemitische Tendenzen verfolgen. Dabei steht es fest, daß in einer größeren Anzahl von Ortsgruppen, namentlich Berlin, südbische Mitglieder das schwere Amt des Vorsitzenden und Geschäftsführers ehrenamtlich bekleiden. Dann die Juden wissen genau, daß sie unter polnischer Herrschaft den grausamsten Verfolgungen ausgesetzt sind. Plumper kann eine Lüge also nicht sein.

Generalverband der Fleischer. Wählerversammlung am Dienstag, den 7. September, abends 7 Uhr, bei Hölzer, Berlin, 17. — Mittwoch, den 8. September, abends 7 Uhr, Wählerversammlung Restau-Berg bei Volensh, Neukölln, Wollbinder, 47. — Freitag, Weidenes-Deinerdorf, abends 7 Uhr bei Seher, Friedrichstr. 47, Ecke Eberstr. — Samstag, Charlottenburg-Wilmersdorf, abends 7 Uhr, im Lokal von Rumpfeld, Charlottenburg, Frauenhoferstr. 13, Ecke Herstr. — Sonntag, Verlaufsperonal und Anzeigekarte, abends 8 Uhr im Lehrereinkaufhaus, Alexanderplatz, Beiher Saal.

Generalwahl der Schule Minna Cauer, Altestr. 5. Morgen abend 7 Uhr: Eltern von schulpflichtigen Kindern, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, auf im Wohl der Elternvereine, die für die weltliche Schule einstehen. Die Versammlung der Eltern wird in Frage kommenden Schule der Minna Cauer-Schule, Altestr. 5.

Die Schauburg-Lichtspiele bieten ein reichhaltiges Wochenprogramm. „Unschuldig verurteilt“ ist die Tendenz des achtzehnten Schauspiel „Der 30.1.“ (Das Bild) von Franz Holer. Abgeben von einigen im Hauptteil enthaltenen überflüssigen Stellen vermehrte die Spielzeit Franz Holer's nicht der Vorbereitung den nötigen Reiz zu verlieren. Die zweite Nummer des Programms bringt die Episode des Abenteuerregals „Kudzer“. In der nicht in sich abgeschlossenen Episode werden in spannende Momente einander ab — ohne Grund — in hinterlassen. Einige orientalische und russische Lagen einschließen das Publikum für die ausstehende Vorgeweile. Die Damen Reza Born und Eise Russel zeichnen sich durch Grazie der Bewegungen aus. Den Schluß bildet der Schwanz „Der Schlägel zum Paradies“. Obgleich inhaltlich wertlos, hätte er bei einigem Temperament Beifall finden können.

